

Anwaltsauftrag

Hiermit beauftrage ich die Rechtsanwälte der Kanzlei

KÜTER. Rechtsanwälte, Notare, Fachanwälte, Rendsburger Str. 34, 24340 Eckernförde

mit meiner anwaltlichen Beratung und Vertretung in folgender Angelegenheit:

wegen

1. Gebührenbemessung

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Vergütung nach Gegenstandswerten und der Gebührentabelle des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) richtet. In Ermangelung genügender tatsächlicher Anhaltspunkte für die Bestimmung des Gegenstandswertes und bei nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten kann gemäß § 23 Abs. 3 S. 2 RVG von einem Auffangwert in Höhe von 5.000,00 € ausgegangen werden.

2. Rechtsschutzversicherung

Sofern eine Rechtsschutzversicherung besteht, ist dies rechtzeitig bei Mandatsbeginn mitzuteilen. Das Mandat wird, soweit nicht hier ausdrücklich etwas anderes schriftlich vereinbart worden ist, unbedingt erteilt. Bereits die Deckungsanfrage bei einem Rechtsschutzversicherer stellt eine vergütungspflichtige Tätigkeit des Rechtsanwalts dar und kann mit 25,00 € abgerechnet werden. Es wird darauf hingewiesen, dass Fahrtkosten zu auswärtigen Gerichtsterminen von Rechtsschutzversicherern zumeist nicht übernommen werden.

3. Beratungs- und Prozess-/Verfahrenskostenhilfe (PKH/VKH)

Auf die Möglichkeit und die Voraussetzungen von Beratungs- und Prozess-/Verfahrenskostenhilfe wird hingewiesen. Beratungshilfe muss beim zuständigen Amtsgericht selbst beantragt werden. Die Selbstbeteiligung beträgt pro Angelegenheit 15,00 €. Bei Beantragung von PKH/VKH ist die Erhebung eines Vorschusses in Höhe einer 1,0 Gebühr statthaft. Das amtliche Hinweisblatt zum Formular für die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse bei Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe werde ich für den Fall, dass Prozess-/Verfahrenskostenhilfe beantragt werden soll, zur Kenntnis nehmen.

Hiermit erkläre ich, dass das Mandatsverhältnis mit der Kanzlei KÜTER in PKH/VKH-Angelegenheiten befristet ist bis zum Abschluss des Hauptsacheverfahrens, einschließlich eines etwaigen Rechtsmittelverfahrens, des Kostenfestsetzungsverfahrens und der Kostenabrechnung. Eine Mandatierung für das nachgelagerte PKH/VKH-Überprüfungsverfahren ist nicht erwünscht. Die Kanzlei KÜTER wird gebeten, das Gericht zu veranlassen, dass mir sämtliche Schriftstücke, die das PKH/VKH-Überprüfungsverfahren betreffen, persönlich zugestellt werden und die diesbezügliche Korrespondenz ausschließlich über mich direkt erfolgt.

4. Besonderheiten bei arbeitsrechtlichen Mandaten

Im arbeitsgerichtlichen Verfahren I. Instanz findet gemäß § 12a Abs. 1 S. 1 ArbGG keine Kostenerstattung durch die Gegenseite statt, so dass auch im Falle des Obsiegens die eigene Anwaltsvergütung selbst zu tragen ist. Das gilt auch für die außergerichtliche Tätigkeit.

5. Fälligkeit von Rechnungen / Vorschüsse

Erteilte Rechnungen sind sofort fällig und innerhalb von 14 Tagen nach Zugang zu begleichen. Bei Zahlungsverzug fällt eine Mahnpauschale von 5,00 €, bei Unternehmern von 40,00 € an (§ 288 Abs. 5 BGB). Die Erstellung einer Vorschussrechnung auf zu erwartende Gebühren ist jederzeit zulässig.

6. Speicherung von Daten

Die umstehende Datenschutzinformation habe ich zur Kenntnis genommen. Mit der Speicherung meiner Daten und der Mandatsdaten in einer EDV-Anlage bin ich nach dieser Maßgabe einverstanden. Für die Mandatsbearbeitung benötigte Unterlagen werde ich in Kopie zur Verfügung stellen. Etwaige Originale sind binnen 6 Monaten nach Mandatsbeendigung heraus zu verlangen. Sollte ich von diesem Recht keinen Gebrauch machen, bin ich mit dem Verbleib dieser Unterlagen bei den Handakten und deren Vernichtung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist einverstanden.

7. Fremdgelder

Mit der Verwahrung etwaiger für mich in dieser Sache eingehender Fremdgelder auf Geschäftskonten oder Fremdgeldkonten der Rechtsanwälte KÜTER erkläre ich mich einverstanden. Sollen für mich regelmäßig Gelder entgegengenommen und weitergeleitet werden (z.B. im Wege der Zwangsvollstreckung beigetriebene Unterhaltsleistungen), entsteht eine Hebegebühr in Höhe von 0,25% bis 1% des entgegengenommenen Betrags.

Eckernförde, den

Datenschutzinformation

1. Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung durch:

Küter & Partner mbB Rechtsanwälte
Rendsburger Str. 34, 24340 Eckernförde
Email: info@kanzlei1888.de
Telefon: 04351/7171-0
Fax: 04351/7171-30

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie

Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@kanzlei1888.de.